



Claudia Dörr-Voß

Staatssekretärin

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin

POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 (0)3018 615-68-70

FAX +49 (0)3018 615-51 44

E-MAIL Buero-st-d-v@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 12. September 2018

Frau
Dr. Julia Verlinden
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat August 2018 Frage Nr. 480

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

Frage:

Welche geplanten Terminals für verflüssigtes Erdgas (LNG-Terminals) an den deutschen Küsten sind der Bundesregierung bekannt (bitte Standorte, geplante Kapazitäten und Projektträger angeben), und hält die Bundesregierung es für sinnvoll, solche Projekte politisch durch Steuermittel, Regulierungsfreistellungen (vgl. <https://www.energate-messenger.de/news/185302/german-lng-terminal-beantragt-regulierungsfreistellung>) oder Ähnliches zu unterstützen, vor dem Hintergrund der bisher geringen Auslastung der vorhandenen europäischen LNG-Terminals, der Zweifel an der Wirtschaftlichkeit eines deutschen LNG-Terminals (vgl. Wirtschaftswoche vom 24.08.2018) sowie der Klimaziele des Paris-Abkommens?

Antwort:

Der Bundesregierung ist bekannt, dass private Investoren aktuell den Bau von LNG-Terminals an vier Standorten in Deutschland prüfen.

| Standort | Projektträger | Kapazitäten |
|-------------|---|---|
| Brunsbüttel | German LNG Terminal GmbH (Gasunie, Oiltanking und Vopak) | Geplant ist ein LNG Import und small-scale Terminal mit einer gesamten Jahreskapazität von ca. 5 Mrd. m ³ |
| Rostock | Novatek und Fluxys (nach derzeitigem Kenntnisstand der Bundesregierung) | Novatek und Fluxys planen ein small-scale Terminal (ohne Netzanbindung) mit einer Jahreskapazität von ca. 400 Mio. m ³ |
| Stade | LNG Stade GmbH und Dow | Geplante Jahreskapazität (1. Ausbaustufe) |

| | Deutschland | von ca. 4 Mrd. m ³ |
|----------------------|---|-------------------------------|
| Wilhelmshaven | Nach derzeitigem Kenntnisstand der Bundesregierung wären potentielle Projektträger: 1. Nord-West Oelleitung 2. HES Wilhelmshaven 3. Deutsche Flüssigerdgas Terminal GmbH | Projektplanung nicht bekannt |

Der Koalitionsvertrag sieht vor, Deutschland zum Standort für LNG-Infrastruktur zu machen und LNG als umweltfreundlichen Antrieb für Schiffe durch Verstärkung der Förderung im Bereich der See- und Binnenschifffahrt zu etablieren. Dementsprechend begrüßt die Bundesregierung privatwirtschaftliche Investitionen in die deutsche Gastransportinfrastruktur. Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die Diversifizierung der Erdgasversorgung einen Beitrag dazu leistet, für die nähere Zukunft eine sichere Energieversorgung der Europäischen Union zu wettbewerbsfähigen Preisen zu gewährleisten. Insbesondere eine Versorgung mit LNG kann die Gasversorgung Deutschlands und Europas weiter diversifizieren. Aus Sicht der Bundesregierung kann LNG bei der Erreichung der nationalen, europäischen und im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens vereinbarten Klimaziele einen Beitrag leisten.

Der Bundesregierung ist bekannt, dass die German LNG Terminal GmbH einen Antrag auf Ausnahme gemäß §28a EnWG bei der Bundesnetzagentur gestellt hat und dieser derzeit geprüft wird.

Grundsätzlich ist die Errichtung von neuer Infrastruktur für den Transport von Erdgas eine privatwirtschaftliche Entscheidung. Zur Finanzierung von Projekten verweist die Bundesregierung darauf, dass die verschiedenen Unterstützungsangebote und Programme der öffentlichen Hand grundsätzlich für alle Unternehmen offen sind, soweit diese die jeweiligen Antragsvoraussetzungen erfüllen.

Mit freundlichen Grüßen

